

# Zürich

## Kreuz wird geschützt

Für Produkte, die als Swiss made beworben werden, gelten ab 2017 schärfere Vorschriften. Nicht alle freuen sich darüber. **SEITE 18**

## Manuel Valls tritt an

Der 54-jährige Manuel Valls will Frankreichs Präsident werden. Deshalb gibt er sein Amt als Premierminister ab. **SEITE 23**



# EKZ müssen 90 Millionen abliefern

**KANTONS RAT** Die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ) müssen dem Kanton innert drei Jahren 90 Millionen Franken abliefern, weitere Millionen sollen folgen – falls das Verwaltungsgericht dem Kanton keinen Strich durch die Rechnung macht.

Der Kanton Zürich zapft seine Elektrizitätswerke finanziell an: Die EKZ müssen zunächst während dreier Jahre jährlich 30 Millionen Franken ihres Gewinns in die Kantonskasse ausschütten – und auch danach Gewinne an den Kanton abliefern. Dies hat der Kantonsrat auf Antrag des Regierungsrats gestern beschlossen. Hintergrund ist die Leistungsüberprüfung 2016 (Lü 16), mit der die Regierung bis 2019 die Kantonsfinanzen ins Lot bringen will.

Der Entscheid fiel mit 104 zu 57 Stimmen auf den ersten Blick deutlich aus. Fast das gesamte bürgerliche Lager und die Hälfte der SP stimmten dafür, während die andere Hälfte der SP sowie die Grünen, GLP und EVP dagegen waren. Doch hinter den Kulissen wurde heftiger gerungen, als es das Abstimmungsresultat vermuten lässt. Und Letzteres wird nun auch noch zum Juristenfutter.

### Stichentscheid bei der FDP

Ein Teil der SP stimmte zu, um weitere Einsparungen in anderen Tätigkeitsfeldern des Kantons zu vermeiden; ein Teil lehnte ab, um für künftige EKZ-Investitionen und etwaige Stilllegungskosten von Atomkraftwerken vorzusorgen. Auch in der FDP-Fraktion, die letztlich geschlossen dafür stimmte, war die Vorlage umstritten. Es brauchte fraktionsintern einen Stichentscheid des Fraktionschefs Thomas Vogel (FDP, Illnau-Effretikon), um den Freisinn auf Kurs zu bringen, wie Vogel auf Anfrage bestätigte. Zum einen hätten freisinnige Gemeindevorteiler befürchtet, dass in den Gemeinden, die von den EKZ Strom beziehen, künftig höhere Strompreise resultieren. Zum anderen habe auch die heikle Rechtslage mitgespielt. Der Re-

gierungsrat hatte nämlich keine Änderung des EKZ-Gesetzes, sondern der EKZ-Verordnung beantragt.

Deshalb sind die EKZ bereits vor Gericht gegangen: Sie fechten die regierungsrätliche Vorlage vor dem kantonalen Verwaltungsgericht an. Der Fall ist hängig. Nun doppelte die Grünen nach: Sie reichen beim Verwaltungsgericht ebenfalls Beschwerde ein – nun gegen den Entscheid von Regierungs- und Kantonsrat, wie Robert Brunner (Grüne, Steinmaur) auf Anfrage sagte.

«Man kann nicht eine Verordnung im Widerspruch zum Gesetz abändern. Wenn Finanzdirektor Ernst Stocker die EKZ melken will, soll er das Gesetz ändern», so Brunner. Laut dem geltenden Gesetz müssten die EKZ finanziell selbsttragend sein. Nun heisst es in der abgeänderten Verordnung: «Es wird ein angemessener Gewinn angestrebt.» Und: «Dem Kanton Zürich wird ein angemessener Anteil des Bilanzgewinns ausgeschüttet.» Für die Geschäftsjahre 2015/16, 2016/17 und 2017/18 beträgt die Ausschüttung mindestens je 30 Millionen Franken. Danach hat der EKZ-Verwaltungsrat sie jeweils neu festzulegen.

### EKZ finanziell solide

Finanzdirektor Stocker (SVP) argumentierte, die dem Kanton gehörenden EKZ seien finanziell solide aufgestellt. In den letzten Jahren erwirtschafteten sie jeweils 35 bis 67 Millionen Franken Gewinn; ihre Gewinnreserven belaufen sich auf 1,68 Milliarden Franken. Zudem haben die EKZ im schweizerischen Vergleich laut Stocker Tiefstpreise. Diese würden 2017 nochmals sinken. «Die gute Situation der EKZ ist durch



Ein Drittel der Bevölkerung im Kanton Zürich bezieht den Strom von den EKZ.

Heinz Diener

die Gewinnausschüttung nicht gefährdet», so Stocker. Der EKZ-Beitrag sei aber wichtig, damit der Kanton seiner Pflicht zu einem mittelfristig ausgeglichenen Finanzhaushalt nachkommen könne.

Bislang werden EKZ-Gewinne an die Kunden rückvergütet, wobei rund ein Drittel der Kantonsbevölkerung EKZ-Stromkunden sind. Vertreter der Ratslinken kritisierten die Gewinnabschöpfung daher als ungerechte Strom-

steuer. Von rechts nach links wurde moniert, dass die angekündigte neue EKZ-Eigentümerstrategie des Regierungsrats noch immer ausstehe. Stocker versprach: «Wir werden die Eigentümerstrategie anpassen.» **Matthias Scharrer**

## In Kürze

### KANTONS RAT Referendum gegen IPW-Gesetz

Der Kantonsrat hat gestern dem Gesetz über die Verselbstständigung der Integrierten Psychiatrie Winterthur-Zürcher Unterland AG (IPW) in der zweiten Lesung mit 119 zu 53 Stimmen zugestimmt. SP, AL und Grüne haben das Referendum ergriffen. **sda**

### RASERFAHRT Verfolgungsjagd endet mit Unfall

Ein 28-jähriger Schweizer aus Zumikon ist am späteren Sonntagabend an der Überlandstrasse in Zürich vor einer Fahrzeugkontrolle geflohen. Mehrere Polizeiautos verfolgten ihn, wie die Kantonspolizei gestern mitteilte. Er sei teils massiv zu schnell gefahren. In Brüttsellen fuhr er gegen eine Abschränkung und konnte festgehalten werden. Er stand unter Drogen, das Auto war als veruntreut gemeldet. **red**

# Streit um Heimkosten

### KANTONS RAT Vorläufig sollen weiterhin die Gemeinden für einen Grossteil der Heimkosten aufkommen, findet eine Mehrheit im Kantonsrat. Nur die FDP sieht das anders.

Kommt ein Kind ins Heim, müssen per Gesetz die Eltern dafür aufkommen. Sind sie allerdings finanziell nicht dazu in der Lage, was häufig der Fall ist, muss die Sozialhilfe der jeweiligen Gemeinde einen Grossteil der Kosten tragen. Der Kanton beteiligt sich.

Durch einen Streitfall ist dieses System aber gehörig durchgeschüttelt worden. In der Folge hat das Bundesgericht in diesem Sommer entschieden, dass der Kanton alle Kosten für Heimplatzierungen übernehmen muss. Die Begründung: Das Jugendheimgesetz aus dem Jahr 1962 mache nicht klar, dass die Gemeinden dafür aufkommen müssten.

Was die Gemeinden freut, hiesse für den Kanton einen Mehr-

aufwand von rund 80 Millionen Franken pro Jahr.

### Für Rechtssicherheit

Wie sich gestern im Kantonsrat zeigte, finden das nebst der Regierung auch die meisten Parteien problematisch. Abgesehen von der FDP unterstützten alle den Antrag der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK). Dieser kam aufgrund des Gerichtsentscheids zustande und sieht eine Übergangslösung vor, mit der der Kanton vorläufig von den Mehrkosten verschont bliebe. Demnach sollen die Gemeinden weiterhin für die Heimkosten aufkommen, sofern die Eltern nicht dazu in der Lage sind.

Diese Lösung schaffe Rechtssicherheit, sagte KBIK-Präsident Moritz Spillmann (SP, Ottenbach). Und sie verhindere, dass Heimplatzierungen unter dem Einfluss des Bundesgerichtsentscheids vorgenommen würden. Und dass, wie Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon) erwähnte, Gemeinden allenfalls Kinder um-

platzieren, um nicht mehr für sie zahlen zu müssen.

Für die Übergangslösung bedarf es einer Gesetzesänderung, die noch vor dem Zeitpunkt des Bundesgerichtsentscheids in Kraft treten soll, und zwar per 1. April 2016. «Der Zeitpunkt ist so gewählt, dass die Gesetzeslücke geschlossen werden kann und die erprobten Abläufe weiterhin gelten», sagte Spillmann: so lange, bis das neue Kinder- und Jugendheimgesetz (KJG) in Kraft tritt. Dieses wird zurzeit in den Kommissionen beraten und frühestens im Jahr 2019 eingeführt.

### «Eine Haurückübung»

Unzufrieden mit dieser Lösung ist die FDP. Sie lehnte als einzige Partei den KBIK-Antrag ab. Für Martin Farner (Oberstammheim) ist die «Haurückübung staatsrechtlich mehr als bedenklich». Schliesslich sei mit dem Bundesgerichtsurteil klar geworden, dass den Gemeinden ohne gesetzliche Grundlage über Jahrzehnte Kosten verrechnet wur-

den. Dem Kanton drohen nun nicht nur künftige Mehrkosten, sondern auch Rückforderungen seitens der Gemeinden und einzelner betroffener Eltern.

Die SP unterstützte zwar den KBIK-Antrag, kritisierte aber die Regierung dafür, das Gesetz nicht schon früher angepasst zu haben. Die SVP war der Ansicht, dass allen gedient sei, wenn die Praxis beibehalten werde. «Mehrkosten von 80 Millionen Franken sind für den Kanton nicht tragbar», sagte Anita Borer (Uster). Eine rückwirkende Gesetzesänderung lehnt die SVP jedoch ab.

Die damit entstehende Gesetzeslücke würde jedoch «ein riesiges Bürokratiemonstrum erzeugen», warnte Regierungsrätin Silvia Steiner (CVP). «Wir müssten mehr als 1000 Dossiers überarbeiten – fünf Vollzeitstellen hätten ein Jahr lang damit zu tun.»

Der KBIK-Antrag geht nun an die Redaktionskommission. Die Schlussabstimmung findet voraussichtlich in einem Monat statt. **Heinz Zürcher**

## Mehr Chinesen und Araber

**HOTELGÄSTE** Letztes Jahr haben in Zürich gut drei Millionen Gäste übernachtet, sei es in einem der 123 Hotels, Ferienwohnungen, Jugendherbergen oder auf Campingplätzen. Dies zeigen die gestern publizierten Zahlen von Statistik Zürich. Damit sind die Zürcher Übernachtungszahlen in den letzten zehn Jahren um eindruckliche 34 Prozent gestiegen. Vergleicht man die Stadtzürcher Werte mit den national erhobenen Zahlen, zeigt sich, dass letztes Jahr jede dreizehnte Person in Zürich übernachtete.

Gäste aus der Schweiz gehören seit langem zur bedeutendsten Kundengruppe, gefolgt von Deutschen, Amerikanern und Personen aus dem Vereinigten Königreich. Einen regelrechten Boom registriert Statistik Zürich bei den Gästen aus China und den Golfstaaten. Zu Letzteren gehören Saudiarabien, Kuwait, Bahrain, Katar, Oman und die Vereinigten Arabischen Emirate. Die chinesischen Touristen haben in den letzten zehn Jahren um fast das Sechsfache zugenommen, jene aus den Golfstaaten um das fast Fünffache.

### Vor allem Viersterngäste

Die meisten Gäste, 40 Prozent, übernachteten in Viersternhotels und zahlten dafür im Durchschnitt 144 Franken. In den Fünfsternhäusern kostete die Übernachtung im Schnitt 326 Franken. Auf diese noblen Unterkünfte entfallen 13 Prozent der Zürcher Übernachtungen. **tsc**

## Splitter & Späne

Um sich Gehör zu verschaffen, nutzen auch die Politiker im Kantonsrat gerne das Stilmittel des Sprachbildes. Oft fällt auf ein Sprachbild ein zweites – dann noch eines, es entsteht ein richtiger Wettbewerb. In der Fraktionserklärung mit dem Titel «Die Katze ist aus dem Sack – und sie ist bissig» erklärte beispielsweise SP-Kantonsrat Tobias Langenegger seinen Unmut über die Zürcher Umsetzung zur Unternehmenssteuerreform III (USR III). Starker Tobak sei dies, was Regierungsrat Ernst Stocker vor einer Woche präsentiert habe, sagte Langenegger. Mehr ärgerte ihn jedoch das Schweigen der Gemeindepräsidenten im Rat. «Und was ist von den Gemeindevorständen hier im Saal zu hören? Kein lautes Muhen, nicht einmal ein leises Blöken!», sagte Langenegger und fragte die Gemeindevertreter im Rat, wie sie dem Volk die Steuererhöhungen und Sparprogramme erklären wollten, «die mit der USR III auf dem Fuss folgen werden». CVP-Kantonsrat Philipp Kutler fühlte sich als Stadtpräsident von Wädenswil direkt angesprochen und lieferte – natürlich seinerseits mit einem Sprachbild – sogleich eine Antwort. «Wir schenken der Bevölkerung reinen Wein ein», sagte Kutler: «Einfach keinen roten.» **hz**